

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Kachelstein Dresden
Verlagsnummer: 25241
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptabteilung:
Dresden - R. 1. Marienstraße 28/29

Neuzugabe vom 1. bis 15. April 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei 1,70 M.
Wochenzugabe für Monat April 3,40 M., einl. 94 Pfg. (ohne Postgebühren).
Einzelnnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Seite 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellengüsse ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeilenzeile
300 Pfg., außerhalb 250 Pfg. C. M. - Entsendung 30 Pfg. Nachträge während des Druckes
Druck u. Verlag: Siebig & Reichardt,
Dresden, Holzhof-Str. 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
Dresden, Kachelstein, ausschließlich
Schriftleitung werden nicht aufbewahrt

Druck u. Verlag: Siebig & Reichardt,
Dresden, Holzhof-Str. 10/11
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
Dresden, Kachelstein, ausschließlich
Schriftleitung werden nicht aufbewahrt

Knappe Mehrheiten für die Regierung

Die Entscheidung

Die Optimisten haben diesmal Recht behalten. Auch den verzweifeltsten Anstrengungen der Opposition von links und rechts ist es nicht gelungen, das Votum, mit dem der Reichstag am Sonnabend dem Kabinett Brüning freie Bahn für seine Arbeit gegeben hatte, in der dritten Lesung noch umzuwerfen. Der Draht hat in diesen entscheidenden Stunden eifrig gespielt, um die 60 schlafenden Abgeordneten an die Urne zu bringen. Aber die ausschlaggebende Fraktion der Abwesenden hat sich ziemlich gleichmäßig auf das Regierungs- und Oppositionslager verteilt. Sie konnte die knappe, aber sichere Mehrheit der Regierung, die sich in einer langen Reihe von Abstimmungen befestigt hatte, nicht mehr beseitigen. Mit wechselnden Mehrheiten zwischen 68 und 3 Stimmen sind die Regierungsvorlagen durchs Ziel gegangen. Es scheint auch, daß trotz aller gegenteiligen Beteuerungen im Reichstag gar nicht der ernsthafte Wille zur Ablehnung vorhanden war. Man ist in diesen 14 Tagen zwar recht groß umgegangen mit dem Kabinett. Drohungen sind niedergedrückt von Breitscheid bis Hugenberg; aber gleichzeitig hat man es doch wie einen kostbaren Schatz behütet und alles unterlassen, was zu seinem parlamentarischen Sturz führen mußte. Die Hoffnung auf eine schnelle und durchgreifende Hilfsaktion für die Landwirtschaft auf der einen Seite und die uneingeständene, aber gleichwohl überall vorhandene Angst vor der Auflösung auf der anderen haben das Wunder vollbracht.

Man kann also wohl von einem Sieg der Regierung sprechen. Ob es ein Pyrrhussieg ist, wie die Opposition prophezeit, das wird von der Art abhängen, wie Brüning und seine Mitarbeiter nun ans Werk gehen und ihre Versprechungen einlösen. Jedenfalls sind sie übers Frühjahr hinaus gesichert. Für die Durchführung des Agrarprogramms ist das natürlich ein großer Vorteil; denn wenn diese Maßnahmen auf dem Wege der Diktatur und während eines Wahlkampfes getroffen worden wären, dann hätte ein starker Druck die Arbeit gehemmt und ein für die Regierung ungünstiger Wahlausfall hätte vielleicht alle Früchte ihres Mühsens wieder zerstört. Aus diesem Gesichtspunkt ist auch die Riesengeduld zu verstehen, mit der sich die Regierung mit den Parteien herumgeschlagen hat. Nach dem herrischen Auftreten am Anfang, wo sie dem Reichstag sofort den Fehdehandschuh hingeworfen und alles verlangt hatte oder nichts, ist ihr hinterher das Feilschen um Kompromisse besonders verdächtig worden. Unräumliche Vergleiche mit dem Kabinett der Großen Koalition wurden gezogen und das Ansehen der neuen Männer war schon im Sinken. Sie sind jedenfalls bis an die äußersten Grenzen des Erträglichen gegangen, um die letzten Möglichkeiten einer Weiterarbeit auf parlamentarischem Boden auszuschöpfen. Und der Erfolg, auf den es in der Politik bei der Beurteilung der Methoden schließlich immer ankommt, hat ihnen recht gegeben. Zudem war die Taktik der Regierung im Endkampf wieder geschickt und ihre Haltung entschlossen. Mit Zuckerbrot und Peitsche hat sie sich die letzten Reserven herangeholt und gleichzeitig die Gegner in Schach gehalten. Wieder hat man in einem partei-mäßig unvorbereiteten und deshalb um so spannenderen Parlamentskampf einen Funken von Führerwillen gespürt. Der Sieg war zäh erkämpft, aber verdient. Diese Anzeichen und die Pläne des Kabinetts sind hoffnungsvoll genug, daß man ihm trotz mancher noch bestehender Bedenken Zeit zur Entfaltung seiner Kräfte in der Zukunft wünschen kann.

Der weitere Gang der Dinge wird sehr stark von der Entwicklung bei den Deutschnationalen abhängen, deren Partei im Verlauf der Entscheidungsschlacht in eine neue und schwere Krise geraten ist. Sie können es zwar als Erfolg buchen, daß die Regierung unter ihrem Druck gleichzeitig mit den Finanzgelegen auch das Agrarprogramm vorlegen und zur Annahme bringen mußte. Insofern weit haben sie ihren Willen durchgesetzt. Auf der Minusseite aber steht die Spaltung der Fraktion bei der Abstimmung. Die Linkspresse jubelt darüber, weil sie damit die Kampfkraft der Rechten und ihren Zusammenhang gebrochen glaubt. Und auch den Deutschnationalen selbst fällt es nicht ein, den Kopf in den Sand zu stecken. Ihr Pressebüro sieht die Situation vielleicht sogar etwas zu schwarz, wenn es schreibt: „Die Schlagkraft der deutschnationalen Fraktion ist auf das schwerste gelähmt, der Bestand der Partei in ihrer heutigen Form ist unmittelbar gefährdet.“ So schlimm braucht es wirklich nicht zu kommen, wenn man über der Verärgerung des Augenblicks die Erfordernisse der Zukunft nicht aus dem Auge verliert. Natürlich gibt es Heißsporne, die sofortige „Konsequenzen“ verlangen, also Disziplinarverfahren von Partei wegen, Streichung der Jäger von den Wahllisten, vielleicht gar ihren Ausschluß. Wenn der Parteiführer, gestützt auf eine Mehrheit im Parteivorstand, so vorgehen wollte — es scheint nicht, daß er diese Absicht hat —, dann erit würden alle Hoffnungen der Unken erfüllt. Dann wäre ihr Ziel erreicht, die Deutschnationale Partei gespalten und die nationale Opposition vernichtend geschlagen.

Darum ist jetzt nicht notwendig, als eine Resumee der Rechten, ein Konsolidierungsprogramm der nationalen Kräfte, der nicht gefährdet werden darf durch persönliche Kampfmethoden oder durch Festhalten an Einseitigkeiten. Die jetzige Krise ist der Beweis, daß Hugenberg's Politik der Partein- Opposition auf weite Sicht bei der Zu-

Agrar- und Steuergesetze angenommen

Berlin, 14. April. Im weiteren Verlaufe der Abstimmungen im Reichstage wurde in namentlicher Schlussabstimmung das Gesetz über Zolländerungen, enthaltend Mineralzölle, Junktim und Agrarvorlage, mit 250 gegen 204 Stimmen angenommen. Dagegen haben Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, dafür mit den übrigen Parteien auch die Deutschnationalen gestimmt.

Die namentlichen Schlussabstimmungen über die Biersteuervorlage, mit der auch die Umsatzsteuer und die Warenhaussteuer verbunden sind, ergibt die Annahme der Vorlage mit 228 gegen 224 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der Minderheit der deutschnationalen Fraktion. Für das Gesetz stimmten 36 Deutschnationale, die Deutsche Bauernpartei, die Deutsch-Dänische Partei, die beiden Mitglieder der Volksrechtspartei und der fraktionslose Bruhn.

Die Änderungen zum Branntweinmonopol werden mit großer Mehrheit angenommen. Die Mineralwassersteuer wird mit 228 gegen 225 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Änderung des Tabak- und Zudersteuergesetzes wird in der namentlichen Schlussabstimmung mit 230 gegen 224 Stimmen angenommen. Wegen das Gesetz stimmte auch ein Teil der Deutschnationalen.

Zum Artikel 7 der Regierungsvorlage, der die Umsatzsteuererhöhung betrifft, wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der Makler und Handelsagenten bis zu einem Einkommen von 18.000 Reichsmark von der Umsatzsteuer befreit. Zur gestaffelten Umsatzsteuer, der sogenannten „Warenhaussteuer“, wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Herausnahme der Konsumvereine aus der Steuerpflicht mit 202 gegen 192 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird auch die Aufbringungsumlage unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Erhebung eines Notopfers.

Das Gesetz über Steuererfassung und Ausgabenersparnis wird in einfacher Abstimmung angenommen, ebenso das ganze Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform in der Schlussabstimmung. Damit sind alle Deckungsvorlagen der Regierung in dritter Beratung endgültig angenommen. In namentlicher Abstimmung wird noch ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Lohnsteuer mit 288 gegen 62 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Wegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird eine Entschließung der Deutschnationalen angenommen, in der ausdrückliche Forderungen für den Weinbau, Obst- und Gemüsebau gemindert werden.

Um 5.45 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Freitag, den 2. Mai, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats für 1930.

Ein aufregender Endkampf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. April. In 13 namentlichen Abstimmungen und in noch viel mehr nicht namentlichen Abstimmungen ist heute die Deckungsvorlage und das Gesetz zur Hilfe der Landwirtschaft im Reichstag angenommen worden. Um 2 Uhr ging es los. Unausgesetzt strömten die Klänge bis in die letzten Ecken des Reichstagsgebäudes, fortgesetzt drohten die Stimmen, die zur namentlichen Abstimmung riefen. Reichlich 3 1/2 Stunden haben sich die deutschen Reichsboten damit beschäftigt, aufzutreten und sich wieder niederzusetzen, rote und weiße Stimmboten abzugeben, dieselben Reichsboten, von denen man nicht wußte, ob sie nicht vielleicht in diesen Abendstunden mit durchstrichener M. d. N. auf der Visitenkarte und ohne Immunität als gewöhnliche Staatsbürger nach Hause gehen würden. Sie gehen nun vorläufig nicht nach Hause, sondern blies in die Osterferien, um am 2. Mai wieder in Berlin zu sein, um sich in die Arbeit am Haushaltsplan zu stürzen. Nebenbei aus allen Winkeln Europas hatte man die Abgeordneten anlawmengerufen.

In Flugzeugen und Schnellzügen waren diejenigen, auf die es wirklich ankam, und die dem Kabinett Brüning auch die Mehrheit gesichert haben, noch zur rechten Zeit gekommen. Bis die letzten D-Flüge und Maschinen der Luftlinie da waren, hielt man von 10 bis 2 Uhr Verlegenheitsreden, die nichts Neues mehr zur Sache brachten. Und dann begannen die Abstimmungen, die noch einmal in der 6. Stunde eine ganz kritische Wendung nahmen. Drei Abgeordnete, Herr Bruhn und die beiden Volksrechtsparteiler retteten bei der Mineralwassersteuer den Reichstag, denn Dr. Brüning war fest entschlossen, auszulösen, wenn auch nur ein Punkt seiner Gesetzesvorlagen fiel. Es ist dies nicht sehr angenehm auf der Regierungsbank vermerkt worden, aber schließlich war das Kabinett Brüning hinsichtlich seiner parlamentarischen Mehrheiten nicht allzu verwöhnt. Man nahm die Stimmen, woher man sie bekommen konnte. Nun hat man eine Weile Ruhe.

455 Abgeordnete — der Reichstag umfaßt, wenn er vollständig beisammen ist, 491 — nahmen an den Abstimmungen teil. Die 36, die fehlten, waren bis auf zwei fast alle krank, so krank, daß sie nicht einmal den Weg zur Abstimmung antreten konnten. Nicht zu erreichen war der Führer der demokratischen Fraktion, der Handelskammerpräsident Dr. Meyer, den man in Italien nicht auffinden konnte. Der Volksrechtsparteiler Dr. Albrecht kam aus Palermo heraufgerast, der Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Kemkes, aus Rom. Man muß schon sagen, daß die Regierung Brüning sich ihre Mehrheit etwas hat kosten lassen.

Das heutige Finish im Reichstag ist in der parlamentarischen Geschichte ohne Beispiel. Noch niemals sind wohl die Stimmen so gewogen worden, noch niemals stand, parlamentarisch gesehen, eine Regierung auf schwächeren Füßen. Die Deutschnationalen stimmten abermals geteilt ab. Zwei Abgeordnete aus dem engeren Kreise um Dr. Hugenberg, Graf-Elhringen und Frau Müller-Ottfried, waren noch in letzter Stunde erkrankt. Der deutschnationale Abg. v. Goldacker war nach Hause gefahren. Er wollte von alle diesen Dingen offenbar nichts mehr wissen. Im übrigen waren die Sozialdemokraten fast vollständig angetreten und nur den Allerkrankesten hatte man die Teilnahme an der Abstimmung erlassen. So ist die Regierung Brüning — man kann wohl sagen — buchstäblich nur mit einer Nadelnagel durchs Ziel gegangen.

Der Reichstag hat endlich für ein paar Tage Ruhe. Die Landwirtschaft hat, was sie braucht, und Herr Molkenhauer wird hinsichtlich der Reichskasse hoffentlich mit den bewilligten Geldern von den drohenden Ultimata befreit sein.

Aber große Arbeitsgebiete harren noch der Erledigung. Wir sind schon mitten im April und haben noch immer keinen Haushaltsplan. Außerdem ist das Disprogramm bisher lediglich in den Grundzügen festgelegt und hat noch keine Gesetzeskraft. Im Mai wird es neue Kämpfe und wohl auch neue schwere Belastungsproben für unser Reichskabinett geben.

Unter diesen Umständen hätten auch Neuwahlen als Folge einer extrohen Reichstagsauflösung keinen Erfolg versprochen. Wahrscheinlich wären die für praktische Politik ausfallenden extremen Flügelparteien verhärtet, die Sozialdemokratie nicht wesentlich verändert und die Mitte geschwächt zurückgekehrt. Die Rechte wäre zerstückelt worden und hätte, vom enttäuschten Landvolk im Stiche gelassen, keine günstigen Aussichten gehabt. Dann wäre die Rückkehr zur Großen Koalition vielleicht die einzige Möglichkeit einer Regierungsabklärung überhaupt gewesen, mit dem Erfolg, daß die nun abgeschüttelte Herrschaft der Sozialdemokratie auf Jahre hinaus beseitigt worden wäre.

Wenn die kommende innerparteiliche Auseinandersetzung bei den Deutschnationalen diese rauen Tatsachen der Praxis nicht außer Acht läßt und wenn sie vom Willen zur Verständigung im Rahmen einer neuen, starken Rechten beseitigt ist, dann kann die gestrige Entscheidung der Parteitagen werden, an dem der Weg in die Zukunft vorwärts und aufwärts führt.

Staatgedanken erhalten und entwickeln will zu kraftvoller Abwehr gegen die rote Flut, dann darf man nicht den Boden zertrüben, auf dem er wächst, und aus dessen Vererbung er, dem Kleinen Antäus gleich, immer neue Kräfte schöpft.

In diesem Sinne der Verständigung ist auch das Verhalten der deutschnationalen Fraktionsmehrheit zu würdigen, die dem Parteiführer bei dieser Entscheidung nicht folgen konnte. Diese 31 haben sich nicht aus Rebellionseifer von ihm getrennt, sondern sie sind schweren Herzens nach einem harten Bewußtseinskampf dem Gebot ihrer nationalpolitischen Einsicht gefolgt. Sie haben gefühlt, daß sie in dieser Schicksalsstunde um politischer Fernziele willen die deutsche Landwirtschaft in der harten Gegenwart nicht preisgeben durften, sondern daß sie mit Hand anlegen mußten, um zusammen mit der Regierung und mit Hindenburg zunächst das Landvolk aus seiner großen Not zu retten und damit die Grundlage für die Wählbarkeit späterer Verleinerungspolitik zu schaffen. Wenn man den Konservativen